

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bauernverband Mecklenburg Vorpommern
Trockener Weg 1B
17034 Neubrandenburg

Agrarpolitik, Landwirtschaft

Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch die Landwirtschaft voll erfasst, wichtige Absatzmärkte und Preise sind erheblich unter Druck geraten.

Für welche Maßnahmen wollen Sie sich im Falle Ihrer Wahl einsetzen, um die Liquidität in den landwirtschaftlichen Betrieben zu sichern?

Nicht die Finanz- und Wirtschaftskrise allein sorgt für die schwierige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft, sondern ebenso strukturelle Probleme in der Marktposition der anbietenden Land- und Agrarwirtschaft.

Im Vorfeld der Finanzkrise haben in erheblichen Ausmaß Börsenspekulationen zu den ungewohnt hohen Preisen für landwirtschaftliche Rohstoffe beigetragen, die die jetzige Krise nach dem Ausstieg der Spekulanten aus dem Agrarbereich noch stärker erscheinen lassen als sie ist. Rohstoffspekulationen sind mittel- und langfristig Gift für die Agrarmärkte, da sie die Verlässlichkeit von Versorgungs- und Handelsbeziehungen enorm schädigen und die Sicherheit sowohl für die Produzentinnen und Produzenten, als auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher beeinträchtigen. Künftige faire Rahmensetzungen für die nationalen und internationalen Agrarmärkte (D, EU, WTO) werden wichtiger denn je und bleiben Aufgabe der Agrar-, Finanz- und Handelspolitik. Der Absatz auf regionaler und nationaler Ebene muss verstärkt werden.

DIE LINKE sieht das Problem einer zu starken Fokussierung der Vermarktung im Export, vor allem im Export außerhalb der EU. Die Risiken einer auf den Export ausgerichteten Produktion und Vermarktung der Landwirtschaft sind höher. Währungsturbulenzen, Spekulationsgeschäfte mit landwirtschaftlichen Rohstoffen, zusätzliche Handelsstufen im internationalen Agrarhandel, Abhängigkeiten politischer Intervention (Zölle, Subventionen, Handelskonditionen) machen die Exporte unkalkulierbar. Agrarbetriebe brauchen aber gerade wegen der langfristigen Wirkung vieler Entscheidungen und hoher arbeitsplatzbezogener Investitionen Verlässlichkeit der politischen Rahmenbedingungen. Das ist auch im Interesse der gesamten Gesellschaft, zum Beispiel aus dem Blickwinkel der einheimischen Versorgungssicherung bei Nahrungsmitteln. Auch die Belebung des Binnenmarktes durch Einkommensverbesserung breiter Bevölkerungsschichten ist notwendig, die sich dann eher qualitativ höherwertige Lebensmittel leisten könnten. Die Primärproduktion muss gegenüber dem vorgelagerten Bereich, der Verarbeitung und des Lebensmitteleinzelhandels gestärkt werden, damit sie einen kostendeckenden Preis durchsetzen können.

Die LINKE hat sich sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene für eine Änderung der Privatisierungspraxis der BVVG eingesetzt. Wir lehnen die aggressive Verkaufspolitik mit dem

primären Ziel, Höchstpreise zu erzielen, ab und setzen uns für ein Privatisierungs-Moratorium bzw. für eine Übertragung der BVVG-Flächen in Landeseigentum ein. Die Verkaufspraxis der BVVG mit ihrer marktbeherrschenden Stellung in Ostdeutschland führt zu für die Landwirtschaft untragbaren Preissteigerungen für Bodenkauf und Landpacht. Damit wird das schwierige Verhältnis zwischen vergleichsweise hohen Produktionskosten und niedrigen Erzeugerpreisen für die einheimischen landwirtschaftlichen Betriebe immer weniger kostendeckend.

Mit Anträgen in den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sowie mit einem eigenen Antrag im Bundestag (Drucksache 16/12716) haben wir die großen Probleme für die ländlichen Regionen deutlich gemacht, die mit dieser ausschließlich nach kurzfristigen kapitalistischen Ertrags- und Verwertungsmaßstäben betriebenen Verkaufspolitik der BVVG entstehen. Im ungekannten Ausmaß drängt nichtlandwirtschaftliches Kapital in den Bodenmarkt und drückt die Landwirtschaft als Einkommens- und Wertschöpfungsbereich an die Wand. Die Bodenpreise in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sind innerhalb der letzten zwei Jahre zum Teil sprunghaft gestiegen. Zunehmende Anteile der landwirtschaftlichen Gewinne, so sie überhaupt erzielt werden, müssen aufgebracht werden, um Pachten zu zahlen oder um beim Bodenerwerb mithalten zu können. Die von der BVVG erzielten Verkaufspreise beeinflussen aufgrund ihrer Marktstellung den gesamten Bodenmarkt in Ostdeutschland, d.h. auch private Landverkäufer orientieren sich an den BVVG-Verkäufen.

Welche den Absatz belebende Maßnahmen halten Sie für sinnvoll bzw. wollen Sie umsetzen?

siehe Frage 1

In dieser Situation führt die Bodenprivatisierungspolitik der BVVG im Auftrag des Bundes zusätzlich zu Verwerfungen am Bodenmarkt. Der Bauernverband fordert, den Verkauf der bundeseigenen Flächen auf unbestimmte Zeit auszusetzen. Wie ist Ihre Position?

siehe Frage 1

Milchhaltende Betriebe

Die Lage der milchhaltenden Betriebe hat sich in den letzten Monaten drastisch verschärft.

Welche kurzfristig wirkenden politischen Möglichkeiten sehen Sie, Entlastung auf dem Milchmarkt herbeizuführen?

Milchpolitik kann sich nicht allein am Absatz orientieren, sondern muss Impulse zur flexiblen, nachfrageorientierten Mengenregulierung ermöglichen. Kurzfristig unterstützt die LINKE die Forderungen zur Abschaffung der Saldierung, zum Verzicht auf die Erhöhung der Milchquoten, zum Herauskaufen von ungenutzten Quoten, regionale Absatzförderung, Ausbau des Schulmilchprogramms, Regelungen zum Ausstieg aus Förderungen, Unterstützungen bei wirtschaftlicher Neuorientierung bis hin zur sog. Milchrente. Die Position der Milchbäuerinnen und Milchbauern am Markt muss gestärkt werden. Die produzierte Milchmenge muss sich am Verbrauch orientieren. Hier wird allerdings eine europaweite Strategie gebraucht und Korrektur internationaler Handelsregeln, die ausschließlich auf freien Markt mit Dumpingstandards setzt statt auf fairen Handel mit sozialer und ökologischer Verantwortung.

Ausgleichzulage

Der Bauernverband tritt für eine flächendeckende Landbewirtschaftung ein. Aus diesem Grund streitet er für den Erhalt der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete.

Wie ist hier Ihre Position?

DIE LINKE unterstützt ein Beibehalten der Ausgleichzulage als wichtige Strukturhilfe für benachteiligte Gebiete und die Sicherung der Gebietskulisse. Allerdings muss die

gesellschaftlich gewollte soziale und ökologische Steuerungsfunktion zielgenauer wirken.

EU Direktzahlungen

Die EU-Direktzahlungen an die Landwirte müssen auch nach 2013 das zentrale agrarpolitische Instrument sein.

Welche Vorstellung hat Ihre Partei dazu?

DIE LINKE tritt für eine Beibehaltung der ersten und zweiten Säule in der Agrarförderung und in der Förderung des ländlichen Raums ein. Dabei ist eine stärkere Koppelung der betrieblichen Direktzahlungen an soziale und ökologische Leistungen unabdingbar, um sie angesichts stärkerer Verteilungskämpfe innerhalb des EU – Haushaltes erhalten und legitimieren zu können.

Die zweite Säule ist finanziell zu stärken und sollte umfassender für die Förderung des ländlichen Raums eingesetzt werden. Der Zugang zu den Fördermitteln sollte erleichtert und auf einer breiteren Basis als bisher ermöglicht werden. Insbesondere Frauen in ländlichen Räumen sind bislang im Zugang zu öffentlichen Fördermitteln benachteiligt worden. Hier muss dringend mehr Verteilungsgerechtigkeit gewährleistet werden.

Unfallversicherung

Welche Meinung vertreten Sie zur Forderung des landwirtschaftlichen Berufsstandes, die Bundesmittel zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung langfristig auf jährlich 200 Mio. Euro festzuschreiben?

Die LINKE setzt sich für den Erhalt der eigenständigen und betrieblich tragbaren agrarsozialen Sicherung ein. Dazu gehört die Absicherung der Bundesmittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung in Höhe von 200 Mio. Euro pro Jahr.

Strukturwandel

Welche Vorstellungen haben Sie, den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu begleiten?

Die Vielfalt der landwirtschaftlichen Produktionsformen in Deutschland und Europa ist eine wichtige wirtschaftliche, ökologische und soziale Stärke des Wirtschaftssektors. Die Ausrichtung der EU auf eine dem Primat der unregulierten, auf Billigstandards ausgerichtete Globalisierung untergeordnete Agrarpolitik stößt heute schon an ihre Grenzen. Zur Verlässlichkeit der Agrarpolitik gehört aus Sicht der LINKEN eine Beibehaltung von Marktregeln und Marktregulierungen, die sozial gerechte und ökologisch verträgliche Erzeugung weltweit ermöglicht. Für den Strukturwandel in Deutschland brauchen wir Anreize für eine natur- und umweltgerechte Landwirtschaft, die verbraucherorientiert und energieeffizient sowie Ressourcen schonend arbeitet und dabei so dringend nötige Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen schafft und erhält, einschließlich in der regionalen Verarbeitung und Vermarktung.

steuerliche Risikoprüfung

Der landwirtschaftliche Berufsstand fordert seit langem die Einführung einer sogenannten steuerlichen Risikoprüfung, um besser und in Eigenverantwortung mit gewachsenen Risiken umgehen zu können.

Tragen Sie dieses Anliegen mit?

Eine steuerliche Risikoprüfung wird von der LINKEN unterstützt, da durch Globalisierung, zunehmende krisenhafte Prozesse und durch Klimawandel bedingte Risiken für die Landwirtschaft wachsen.

Agrardieselsteuersatz

Die Aufhebung des Selbstgehaltes und der Obergrenze beim Agrardiesel war ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings ist die Regelung befristet, außerdem ist der deutsche Agrardieselsteuersatz der höchste in ganz Europa.

Für die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen fordern wir daher die dauerhafte Senkung des Agrardieselsteuersatzes auf französisches Niveau. Wie ist Ihr Standpunkt?

Ziel muss ein gerechtes, EU-weit harmonisiertes Gesamtkonzept zur Betriebsmittelbesteuerung sein. Da das kurzfristig nicht erreichbar sein wird, ist eine Liquiditätshilfe über die Senkung des Agrardieselsteuersatzes sinnvoll. Allerdings sollte in diesem Zusammenhang mittel- und langfristig auch weiter eine Strategie zur regionalen Erzeugung und zum regionalen Verbrauch von Biokraftstoffen aus einheimischen Rohstoffen vor allem in der Landwirtschaft verfolgt werden. Bislang ist aus unterschiedlichen Gründen der Eigenverbrauch an Biokraftstoffen in der Landwirtschaft zu gering. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und eine zielgenaue Förderpolitik muss bei der Umstellung der Landmaschinenflotte auf Biokraftstoffe Unterstützung leisten, wobei die damit verbundene Wertschöpfung in der Region und so weit wie möglich in der Landwirtschaft bleiben sollte.

Die Biokraftstoffpolitik der großen Koalition ist widersprüchlich, unökologisch, unsozial und schädigt die hiesige Landwirtschaft und die regionalen kleinen und mittelständischen Unternehmen. Eine Grundlage für eine verlässliche Agrarpolitik sieht anders aus. DIE LINKE fordert eine Wiedereinführung der Steuerbefreiung für Reinbiokraftstoffe und eine Förderung regionaler Biokraftstoffproduktion sowie die Abschaffung der Beimischungsquote, weil sie zur Abhängigkeit von den Interessen der großen Mineralölkonzerne führt.

Biokraftstoffpolitik

Wie bewerten Sie die bisherige Biokraftstoffpolitik?

siehe Frage 10

Genehmigungsverfahren

Die Investitionsbereitschaft landwirtschaftlicher Unternehmen scheitert oder verzögert sich häufig durch aufwendige Antragsverfahren sowie langwierige Auseinandersetzungen mit Investitionsgegnern (Bürgerinitiativen).

Durch welche Maßnahmen sollen Genehmigungsverfahren gerade im Veredlungsbereich gestrafft und unnötige bürokratische Auflagen beseitigt werden?

Der Veredlungsbereich wird zunehmend durch industrielle nicht landwirtschaftliche Strukturen geprägt. Außerdem ist die Landwirtschaft nicht allein in der Welt. Um mehr Akzeptanz für neue Investitionen in dem Bereich zu erreichen, müssen die Genehmigungsverfahren sensibel und unter Sicherung der Beteiligungsmöglichkeiten von Betroffenen gestaltet werden. Hier ist die Verbesserung des Images einer nachhaltigen, art- und tiergerechten landwirtschaftlichen Produktion sehr hilfreich – eine große Aufgabe, die durch die Agrarpolitik, die Bäuerinnen und Bauern und ihre Verbände zu lösen ist. Wir treten für standortangepasste Größen von Stallanlagen ein, die nachhaltig zu bewirtschaften sind. Gleiches gilt für die Erzeugung und Nutzung von Bioenergie, regionale Veredelungs- und Vermarktungsstrukturen. Unnötige bürokratische Auflagen, so sie existieren, gehören abgeschafft.

EU-Recht

Trotz anderslautender Bekundungen erfolgt oft eine Umsetzung von EU-Recht nicht 1:1, sondern es wird noch „eins drauf gesattelt“.

Welchen Standpunkt haben Sie?

Die Forderung der 1:1 Umsetzung europäischer Vorgaben ist in der Form zu pauschal. Höhere Standards bzw. regionale Anpassungen müssen prinzipiell möglich sein. Europäische Vorgaben sind in der Regel sehr allgemein auf den gesamten europäischen Raum ausgerichtet und können gar nicht regionale Verhältnisse angemessen abbilden.

Patentanträge

Patentanträge beziehen sich in zunehmendem Maße auf Pflanzen und Tiere. Diese Entwicklung erfolgt zum Nachteil der Landwirtschaft, da Patente den züchterischen Fortschritt hemmen. Aus unserer Sicht ist zwingend eine Änderung der Biopatent-Richtlinie in Brüssel erforderlich, um hier gegenzusteuern.

Teilen Sie unsere Befürchtungen und werden Sie sich für unser Anliegen einsetzen?

Die Bio-Patentrichtlinie, welche zwar Patente auf Leben ausschließt, dabei aber so großmaschige Ausnahmen formuliert hat, dass dieses Verbot regelmäßig ad absurdum geführt wird (Beispiel: Schweine-Patent, Brokkoli-Patent, etc.), muss dringend geändert werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sie so verschärft wird, dass eine Patentierung von Tieren, Pflanzen, Genen und in der Natur vorkommenden Substanzen nicht mehr möglich ist.

Agrarforschung

Welche Schwerpunkte sollten Ihrer Meinung nach in der Agrarforschung verfolgt werden?

Die Verstärkung der Agrarforschung ist ein wichtiges Anliegen der LINKEN, für das sie sich auch in den künftigen Legislaturperioden stark einsetzen wird. Eine erste, sehr bedeutende Maßnahme ist die Rücknahme des Personalabbaus in der Ressortforschung, die vom Bund getragen wird. Die überzogene Zentralisierung zu Großforschungseinrichtungen führt zu einem massiven Abbau von Wissenschaftsstandorten und wissenschaftlichen (vor allem Frauen-) Arbeitsplätzen in den ländlichen Räumen, was DIE LINKE immer wieder als schwerwiegende Fehlentwicklung thematisiert hat.

Der personelle, finanzielle und strukturelle Rückbau gilt auch für die Landesforschung sowie für die Ausbildungs- und Forschungskapazitäten an den Universitäten und Hochschulen. Aus Sicht der LINKEN muss sowohl die universitäre als auch die außeruniversitäre Agrarforschung einschließlich der Aus- und Weiterbildung dringend gestärkt werden.

Die aktuellen Aufgabenstellungen an die Forschung ergeben sich durch die Themen Anpassung an den Klimawandel, Ernährungssicherung, erneuerbare Energien, die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume, die Folgen der europäischen Agrarreform, den anstehenden Generationenwechsel in den Betrieben und die Auswirkungen der Globalisierung. Der Umfang des Forschungsbedarfs ist so groß, dass die Ausstattung an Personal und Mitteln durch Bund und Länder erneut überprüft werden muss.

Wie kann Agrarforschung effizient und praxisnah organisiert werden?

siehe Frage 12